

Um welche Interessen geht es bei TTIP?

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie aus den Puzzleteilen acht Pärchen aus jeweils einer Organisation und einer dazu passenden Aussage. Vergleichen Sie die Zuordnung mit einem/einer Partner_in und besprechen Sie mögliche Unterschiede.
2. Markieren Sie farblich, welche Organisationen sich eher zustimmend und welche sich eher kritisch zu TTIP äußern. Was fällt Ihnen dabei auf?

REQUISITEN PUZZLETEILE

4 Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Interessenvertretung von Arbeiter_innen und Angestellten	6 Bankenverband Interessenvertretung der privaten Banken in Deutschland
D <i>Die USA sind der wichtigste Wirtschaftspartner Deutschlands außerhalb der EU, von TTIP profitieren daher Betriebe und Beschäftigte in Deutschland und Europa</i>	E <i>Wir brauchen einen Kurswechsel bei den TTIP-Verhandlungen, damit das Abkommen zu hohen Arbeits-, Sozial-, Verbraucher- und Umweltstandards beiträgt</i>
3 Verband der Chemischen Industrie (VCI) Interessenvertretung der chemischen Industrie in Deutschland	2 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Umweltverband, setzt sich für Naturschutz ein
C <i>Wir wollen keine Aufweichung von Schutzstandards durch TTIP, sondern die Vermeidung von Doppelarbeit durch langfristige Angleichung der Regeln</i>	F <i>Finanzdienstleistungen in das TTIP-Freihandelsabkommen aufzunehmen erhöht das Risiko, dass Finanzmärkte am Ende überall zu wenig reguliert werden</i>
1 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Interessenvertretung der deutschen Industrie	5 Finance Watch Versteht sich als Gegengewicht zur mächtigen Lobby der Finanzindustrie
G <i>Wir sollten Finanzdienstleistungen in das TTIP-Freihandelsabkommen aufnehmen, das liegt im Interesse stabiler Finanzmärkte</i>	B <i>Wir sehen durch TTIP die Schutzstandards vor gesundheitsschädlichen Chemikalien gefährdet</i>
8 TheCityUK Interessenvertretung der britischen Banken und Finanzunternehmen	7 Corporate Europe Observatory (CEO) kritisiert den starken Einfluss von Unternehmen auf die Politik der EU
H <i>TTIP wird die Möglichkeiten von Unternehmenslobbyist_innen stärken, Gesetze zu attackieren, die im öffentlichen Interesse sind</i>	A <i>Die Aufnahme von Finanzdienstleistungen in TTIP kann einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen in Europa und den USA leisten</i>

Die Auflösung findet sich auf Seite 5 der Einführung zu diesem Modul (I.0).

ARBEITSVORSCHLÄGE

Simulieren Sie in folgenden Schritten eine Expertenanhörung der EU-Kommission und eine Podiumsdiskussion des Bündnisses »Stop TTIP«*:

1. Vorbereitung

Bilden Sie acht Kleingruppen, teilen Sie die folgenden Organisationen unter den Gruppen auf und erarbeiten Sie jeweils eine Stellungnahme aus Sicht Ihrer Organisation. Eine Person bereitet sich währenddessen darauf vor, die Anhörung als EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström zu moderieren.

- Bankenverband (M1)
- Bundesverband der Deutschen Industrie und andere (M2)
- Verband der Chemischen Industrie (M3)
- TheCityUK (M4)
- Deutscher Gewerkschaftsbund (M5)
- Finance Watch (M6)
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (M7)
- Corporate Europe Observatory (M8)

2. Durchführung Teil I

Eine Anhörung der EU-Kommission

Simulieren Sie eine Anhörung vor der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission zur Frage: »Worauf sollte die EU bei den TTIP-Verhandlungen mit den USA besonders achten?« An der Anhörung nehmen fünf Organisationen teil:

- Bundesverband der Deutschen Industrie
- Verband der Chemischen Industrie
- Bankenverband
- TheCityUK
- Eine weitere Organisation, die von der EU-Handelskommissarin (Moderation) bestimmt wird

Jede teilnehmende Organisation wird durch eine Person vertreten. Diese vertritt ihre Position mit dem Ziel, durch ihre Expertise Einfluss auf die Entwicklung der TTIP-Verhandlungen zu nehmen. Dabei haben alle Teilnehmenden zwei Minuten Zeit, ihre Position darzustellen. Anschließend haben die Moderation und die anderen Teilnehmenden der Anhörung die Gelegenheit, Nachfragen zu diskutieren. Alle, die nicht teilnehmen, beobachten die Anhörung.

3. Zwischenreflexion

- Reflektieren Sie den Verlauf der Anhörung. Welche Besonderheiten sind Ihnen dabei aufgefallen?

- Spekulieren Sie auf Grundlage der Anhörung, wie die EU in den TTIP-Verhandlungen weiter vorgehen wird. Was wird sie besonders nachdrücklich fordern? Wie beurteilen Sie das Ergebnis?

4. Durchführung Teil II

Podiumsdiskussion des Bündnisses »Stop TTIP!«

Simulieren Sie eine öffentliche Podiumsdiskussion, die das Bündnis »Stop TTIP!« organisiert. Auf dem Podium sprechen Vertreter_innen von

- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
- Finance Watch
- Corporate Europe Observatory
- Eine weitere Person aus einer dieser Gruppen übernimmt die Moderation

Alle Teilnehmenden haben zwei Minuten Zeit, ihre Position darzustellen. Anschließend haben die Moderation und das Publikum die Gelegenheit, Nachfragen zu diskutieren. Das Publikum hat die Aufgabe, die vorgebrachten Argumente zu sammeln.

5. Nachbereitung I

5a. Bilden Sie Gruppen mit jeweils vier Personen. Sammeln Sie Argumente, die auf der Podiumsdiskussion vorgebracht wurden und gestalten Sie gemeinsam ein Flugblatt oder ein Plakat für das Bündnis »Stop TTIP!«.

5b. Nehmen Sie persönlich Stellung zur Frage, ob die TTIP-Verhandlungen abgebrochen bzw. unter welchen Bedingungen sie weitergeführt werden sollten. Begründen Sie ihre Position.

6. Nachbereitung II

6a. Lesen den Text aus Lobbypedia (M9) und diskutieren Sie in Vierergruppen, wie realistisch die simulierte Anhörung vor der Kommission auf einer Skala von 0 (unrealistisch) bis 10 (sehr realistisch) war.

6b. Vergleichen Sie die Argumente der Unternehmensverbände (M1 bis M4) für Regulatorische Kooperation mit dem Text aus Lobbypedia (M9) und nehmen Sie dazu Stellung. Welche Position überzeugt Sie aus welchen Gründen?

6c. Recherchieren Sie im Internet auf den Seiten von LobbyControl und Corporate Europe Observatory. Informieren Sie sich darüber, welche Vorschläge die Organisationen machen, um einer Dominanz der Unternehmenslobby entgegenzuwirken.

* Hinweise für Lehrende: Als kürzere Alternative kann auch eine Konfliktanalyse zu M9 auf Seite 9 (I.5) durchgeführt werden. Für den bilingualen Unterricht kann eine englische Version der Materialien heruntergeladen werden (attac.de/ttip-bili).

EXPERT_INNEN-ANHÖRUNG (POLITIKBERATUNG, LOBBYING)

Eine Expertenanhörung ist eine Simulation eines politischen Beratungsverfahrens. Hierzu werden fachkundige Expertisen unterschiedlicher Interessengruppen, d.h. von wirtschaftlichen Akteur_innen, zivilgesellschaftlichen Verbänden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Wissenschaftler_innen eingeholt. Idealerweise berücksichtigen politische Entscheidungsträger_innen in ausgewogener Weise die Stellungnahmen derjenigen, die von den Regulierungen betroffen sind. Um den Einfluss von Lobbyist_innen und (mehr oder weniger selbst ernannten) Expert_innen auf die Politik transparenter zu gestalten, wurde auf EU-Ebene ein Lobbyregister eingerichtet. Dennoch vertreten in Brüssel etwa 70 Prozent aller Berater_innen und Lobbyist_innen Unternehmensinteressen. Verstärkt werden jedoch auch Gewerkschaften, Sozialverbände und NGOs (wie z.B. Friends of the Earth, Attac, Finance Watch, u.a.) als Expert_innen in politischen Entscheidungsprozessen konsultiert.

Vorgehen: Lernende erarbeiten ausgewählte Positionen von Interessengruppen und simulieren eine Expertenanhörung vor politischen Ent-

scheidungsträger_innen (z.B. vor der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission oder dem Handelsausschuss des Europäischen Parlaments). Die Expertengruppen entwickeln auf Basis ausgewählter Materialien Rollenkarten, auf denen die wichtigsten Positionen festgehalten werden. Es wird ein kurzes Statement und eine Empfehlung zur aktuellen Streitfrage vorbereitet. Je ein_e Vertreter_in jeder Interessengruppe wird gewählt, welche_r in der Expertenanhörung mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Es ist ein_e Moderator_in zu bestimmen, welche_r die Leitung und Strukturierung der Diskussion übernimmt.

Anschließend folgt eine Reflexionsphase, in der die gewonnenen Erkenntnisse und der Ablauf der Expertenanhörung ausgewertet werden. Neben der inhaltlichen Reflexion sind somit auch ein Nachvollziehen des Ablaufs politischer Beratungsverfahren sowie die Analyse des Einflusses von Expert_innen und Lobbyist_innen auf politische Entscheidungen möglich. Welche Argumente waren überzeugend? Inwiefern wurde ein Kompromiss gefunden? Wie haben die Akteur_innen ihre Positionen durchgesetzt und somit Einfluss auf Politiker_innen ausgeübt?

M1 Finanzdienstleistungen in TTIP einbeziehen

- 1 »Die Aufnahme von Finanzdienstleistungen in das TTIP-Freihandelsabkommen liegt im Interesse stabiler Finanzmärkte«, erklärt Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes, anlässlich des Beginns der 9. TTIP-Verhandlungsrunde in New York. Eine bessere Abstimmung von Regulierungsmaßnahmen zwischen den USA und der EU sei dringend erforderlich. »Wenn auf beiden Seiten des Atlantiks Finanzmarktregeln zwar das gleiche Ziel haben, aber unterschiedlich ausgestaltet werden, so führt dies zu Doppelbelastungen und Unsicherheit. Mit TTIP könnte der regulatorische Dialog zwischen den USA und Europa an Fahrt gewinnen. Davon profitieren Po-
- 15 litik, Regulatoren und Marktteilnehmer gleichermaßen«, so Kemmer. Es sei daher richtig, dass sich die europäische Kommission für eine stärkere Einbeziehung der Finanzdienstleistungen einsetze. Effiziente Kapitalmärkte seien zudem Voraussetzung für eine wachsende Wirtschaft. Derzeit seien die beiden weltweit größten Kapitalmärkte aber noch durch zahlreiche regulatorische Hindernisse fragmentiert. »Diese Barrieren kann TTIP aufbrechen und so den Unternehmen besseren Zugang zu Finanzierungsquellen ermöglichen«, betont Kemmer. ■ Quelle: Pressemitteilung des Bankenverbands vom 20.04.2015

M2 TTIP ist ein wirtschaftlich Erfolg versprechendes Projekt

- 1 [...] Die USA sind der wichtigste Wirtschafts-
partner Deutschlands außerhalb der EU. Der
Abbau von Handels- und Investitionsbarrieren
im transatlantischen Markt sichert und schafft
Arbeitsplätze in unseren Unternehmen. Von der
Transatlantischen Handels- und Investitionspart-
nerschaft TTIP profitieren daher Betriebe und
beschäftigte in Deutschland und Europa. Eine
derartige Gelegenheit müssen wir nutzen.
- 10 TTIP ist ein wirtschaftlich Erfolg versprechen-
des Projekt. Darüber hinaus ist es von strategischer
und geopolitischer Relevanz: TTIP bietet der EU
und den USA die Chance, die Globalisierung
mit fairen und nachhaltigen Spielregeln politisch
zu gestalten. Dies könnte auch der Bevölkerung
in den Schwellen- und Entwicklungsländern
zugutekommen.
- Entsprechend dem EU-Verhandlungsmandat
und der jüngsten Zusicherung des EU-Kommissi-
onspräsidenten soll TTIP weder Rechtsvorschriften
und Normen im Umweltschutz, Arbeitsrecht,
Gesundheitsschutz und in Arbeitssicherheit ab-
senken noch die kulturelle Vielfalt gefährden.
Vielmehr lassen sich durch einen umfassenden
- 25 Abbau von Zöllen und den Verzicht doppelter
Produktzulassungen, Testverfahren und Kon-
formitätsprüfungen zum Vorteil von Wirtschaft
und Verbrauchern erhebliche Kosten vermeiden –
ohne bestehende Schutzniveaus zu gefährden. Ein
vergleichbares Schutzniveau ist daher die zwin-
gende Voraussetzung dafür, Regeln und Verfahren
gegenseitig anzuerkennen. [...] TTIP muss insbe-
sondere dem Mittelstand Erleichterungen bringen,
denn dieser leidet aufgrund begrenzter Ressourcen
überproportional unter Handelshemmnissen und
bürokratischen Vorschriften. Ein Kapitel zu klei-
nen und mittelständischen Unternehmen (KMU),
das unter anderem den Zugang zu Informationen
über regulatorische Anforderungen für Expor-
teure verbessert, ist dabei ebenso wichtig wie die
Vereinfachung von Zollverfahren sowie einfache,
transparente Ursprungsregeln. Das gesamte Ab-
kommen sollte zudem dem europäischen »think
small first«-Prinzip, nach dem neue Vorschriften
stets auf ihre KMU-Freundlichkeit zu prüfen und
möglichst bürokratiearm zu gestalten sind, Rech-
nung tragen. ■ Quelle: Pressemitteilung des Bundesverbandes der Deut-
schen Industrie (gemeinsam mit BDA, DIHK und ZDH) vom 09.11.2014

M3 Die chemische Industrie in Deutschland würde von TTIP profitieren

- 1 [...] Nach Berechnungen des VCI [...] würde die
chemische Industrie in Deutschland eindeutig von
TTIP profitieren. Mögliche Effekte auf die Bran-
che: 2000 neue Arbeitsplätze, ein Produktionsplus
von 2 Milliarden Euro und eine zusätzliche Wert-
schöpfung von 600 Millionen Euro. Von der höhe-
ren Wertschöpfung entfallen erfahrungsgemäß 70
Prozent auf neue Arbeitsplätze sowie 30 Prozent
auf höhere Gewinne der Unternehmen. Damit
käme der größte Teil bei den Mitarbeitern an. [...]
- Vielen Studien zufolge liegt das größte Wohl-
fahrtpotenzial von TTIP in der regulatorischen
Kooperation. [...] Denn unterschiedliche ge-
setzliche Regelungen sind für Handel treibende
oder investierende Unternehmen kostspielig. [...]
- 15 Aus Sicht des VCI ist klar: Die Verpflichtung zur
regulatorischen Kooperation darf und wird die
regulatorische Autonomie der EU und der USA
ausdrücklich nicht in Frage stellen. [...]
- 20 Man muss bei der regulatorischen Konvergenz
zwischen bestehender und zukünftiger Gesetzge-
bung unterscheiden. In Bereichen, in denen das
Ziel der Gesetzgebung vergleichbar oder sogar
identisch ist, wäre der Idealfall, dass sich beide Sei-
ten auf eine gegenseitige Anerkennung einigen.
- 25 Dies wird im Chemiebereich die Ausnahme blei-
ben [...] Allerdings wird es schon möglich sein,
bestimmte Handelshürden, die durch bestehende
Gesetzgebung entstehen, [...] einander anzuglei-
chen, ohne dass der Schutzstandard beeinträchtigt
würde. Bezüglich künftiger Gesetzgebung [...] be-
inhaltet die regulatorische Kooperation aber
die Verpflichtung den transatlantischen Partner
[...] einzubeziehen. [...] TTIP muss einen Me-
chanismus schaffen, der beide Seiten zur Zusam-
menarbeit verpflichtet. So besteht die Chance,
dass Handelshürden gar nicht erst entstehen [...].
Wichtig ist, dass sich beide Seiten bewusst sind,
dass der transatlantische Partner frühzeitig infor-
miert werden muss. [...] ■ Quelle: Stellungnahme des Verbandes
der Chemischen Industrie im Rahmen einer Anhörung des Hessischen Landtages
(Hessischer Landtag: Ausschussvorlage/EUA/19/3)

M4 TTIP sollte einen Rahmen für regulatorische Kooperation im Bereich der Finanzdienstleistungen beinhalten

- 1 [...] Finanzdienstleistungen sind außerordentlich
wichtig für die Wirtschaft auf beiden Seiten des
Atlantiks. In den USA steuert diese Industrie 7
Prozent des BIP und 6 Millionen Arbeitsplätze
5 bei. In der EU stellen allein Banken nahezu 3 Mil-
lionen Arbeitsplätze bereit, während der Finanz-
sektor zu über 5 Prozent zum BIP beiträgt.
- Während Finanzdienstleister schon für sich ge-
nommen einen enormen wirtschaftlichen Beitrag
10 leisten, schaffen sie zusätzlich realwirtschaftliches
Wachstum, indem sie Unternehmen und Gemein-
schaften dienen, die das Rückgrat der Wirtschaft
bilden: Sie helfen Innovatoren, neue Technologi-
en zu entwickeln und unterstützen Hersteller und
15 Dienstleister, indem sie das notwendige Kapital
bereitstellen.
- Die größten Hindernisse für grenzüberschrei-
tende Finanzgeschäfte zwischen US- und EU-
Kapitalmärkten entstehen durch unzureichende
20 regulatorische Kooperation. Zusätzlich stellen
einige EU-Länder oder US-Staaten Anforderun-
gen hinsichtlich der Staatsangehörigkeit oder des
Wohnsitzes von Managern oder es gibt ähnliche
Hindernisse, die als veraltete Hürden beseitigt
25 werden sollten.
- Trotz ähnlicher Standards hindern unter-
schiedliche Regelungen in den USA und der EU
Marktteilnehmer oft daran, beiden gleichzeitig zu
entsprechen. Als Folge davon wurde der Markt
30 zwischen der EU und den USA zunehmend zer-
splittet – während gleichzeitig führende Personen
der G20 und anderer Foren den Wert effektiver re-
gulatorischer Koordination erkannt haben. Weder
die regulatorischen Dialoge zwischen den USA
35 und der EU über Finanzmärkte noch die breiteren
Prozesse der G20 haben diese wachsenden Un-
terschiede und die damit verbundenen ökonomi-
schen Kosten verhindern können. Etwas Neues ist
dringend notwendig.
- 40 TTIP stellt eine einzigartige Möglichkeit dar,
um eine feste Struktur für einen regulatorischen
Dialog zu schaffen, die sicherstellen würde, dass
Behörden sich auf grenzüberschreitende Fragen
fokussieren wenn sie auftreten, und somit vermeidbare Konflikte und unnötige Unterschiede
45 im Vorhinein abfangen. Ein stabiler regulatori-
scher Dialog zwischen den USA und der EU, der
unter klaren Voraussetzungen geführt wird, auf
die sich die jeweiligen Finanzaufsichter in TTIP
50 geeinigt haben, würde Konflikte und Komplexität
reduzieren und die Effizienz von grenzüberschrei-
tenden Regulierungen zum Wohle der Marktteil-
nehmer und – genauso wichtig – deren Kunden
und Behörden verbessern. [...] ■ Quelle: Pressemitteilung
von TheCityUK vom 21.02.2011, Übersetzung: Attac

M5 Für hohe Arbeits-, Sozial-, Verbraucher- und Umweltstandards

- 1 Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und
der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)
fordern gemeinsam, die TTIP-Verhandlungen in
eine andere Richtung zu lenken. [...]
- 5 Denn die Verhandlungen zielen offenbar nach
wie vor einseitig auf Marktliberalisierung, Dere-
gulierung und eine Ausweitung von Investoren-
rechten. »Wir müssen verhindern, dass TTIP den
Wettbewerbsdruck auf Kosten der Beschäftigten
10 oder des Umwelt- und Verbraucherschutzes
erhöht. Anstatt Regeln abzubauen, müssen die
USA und die EU gemeinsam höhere Standards
beim Umwelt- und Verbraucherschutz und bei
Arbeitnehmerrechten schaffen«, sagt Stefan Kör-
15 zell, Mitglied des geschäftsführenden Bundes-
vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes
(DGB).
- Derzeit gibt es zum Teil unterschiedliche Stan-
dards zwischen USA und EU. Ein Beispiel: Von
20 den insgesamt acht Kernarbeitsnormen der Inter-
nationalen Arbeitsorganisation (ILO), die grund-
legende Arbeitnehmerrechte weltweit festlegen,
haben die USA nur zwei ratifiziert. Immer wieder
wird über eine Behinderung gewerkschaftlicher
25 Aktivitäten in den USA berichtet. »In einem EU-
USA-Freihandelsabkommen müsste mindestens
festgeschrieben werden, wie die Umsetzung und
Einhaltung der grundlegenden ILO-Arbeits-
normen garantiert werden kann«, fordert Körzell.
30 Ähnlich äußerte sich auch die Bundesregierung.
- Aus Sicht von DGB und vzbv dürfen Arbeits-
und Sozialstandards nicht als »Handelshem-
nisse« bewertet werden. [...] Das muss auch für
Verbraucher- und Umweltstandards gelten. [...]
- 35 Vor allem in den Bereichen Agrar, Lebensmittel,

Chemikalien und Kosmetika gelten unterschiedliche Regeln: Während in den USA die Anforderungen an die Unbedenklichkeit von Produkten häufig niedriger sind und eine Markteinführung schnell möglich ist, müssen Hersteller in Euro-

pa bereits vorher die Unbedenklichkeit und die Einhaltung von Sicherheitsstandards sicherstellen und nachweisen. Das ist der Kern des in Europa geltenden Vorsorgeprinzips. [...] ■ Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 14.07.2014

M6 Kritische Beurteilung des Einbezugs von Finanzdienstleistungen in TTIP

[...] Es gibt bisher keinen Beweis dafür, dass Finanzdienstleistungen in das Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaftsabkommen (TTIP) einbezogen werden, sagt Finance Watch, die unabhängige und im öffentlichen Interesse agierende Gruppe, die sich dafür einsetzt, dass der Finanzsektor dem Wohl der Gesellschaft dient.

Dem Generalsekretär von Finance Watch, Thierry Philipponnat, zufolge ist nur schwer vorstellbar, dass das Einbeziehen von Finanzdienstleistungen in die Verhandlungen über das EU-US-Freihandelsabkommen, nicht zu einem »race to the bottom«, also einem Wettbewerb um die niedrigsten Standards, bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen führen wird. [...]

Herr Philipponnat sagte: »Die Öffentlichkeit hat recht, TTIP gegenüber misstrauisch zu sein, denn wir wissen einfach nicht, was auf dem Spiel steht. Es ist falsch, dass die Öffentlichkeit auf geleakte Dokumente angewiesen ist, um zu erfahren, was in ihrem Namen verhandelt wird. Öffentliche Erkenntnisse zu Transparenz müssen auch mit aussagekräftigen Informationen darüber einhergehen, was genau im Detail verhandelt wird.« [...]

»Wir fürchten, dass die Herangehensweise der EU an regulatorische Kooperation (Gleichwertigkeit, gegenseitige Anerkennung und/oder ersatzweise Zustimmung) eine Angleichung an die niedrigsten gemeinsamen Standards und nicht an die höchsten begünstigen wird«, erklärte Philipponnat.

Ausgehend von einem geleakten Dokument werden bestimmte Aspekte der Verhandlungen wahrscheinlich die Fähigkeit der Politiker einschränken, öffentliche vor private Interessen zu stellen; einschließlich der Punkte 22 (Investor-Staat-Streitbeteiligung, oder ISDS) und 27 (das Abkommen ist bindend für alle Aufsichtsbehörden). »Dies kehrt die normale Rangfolge der Prioritäten um, in welcher das öffentliche Interesse vor privaten Interessen kommt«, sagte Herr Philipponnat. [...] Außerdem bemerkte er, dass ein Freihandelsabkommen nicht der richtige Platz sei, um regulatorische Angleichungen zu verfolgen.

[...] ■ Quelle: Pressemitteilung von Finance Watch vom 19.03.2014, Übersetzung: Attac

M7 TTIP gefährdet Schutz der Verbraucher vor risikobehafteten Chemikalien

»Im Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz müssen die Standards verbessert werden anstatt sie aufzuweichen oder zu nivellieren. Die Gesundheit der Menschen muss Vorrang haben vor den Interessen der Chemieunternehmen. Keinsfalls darf das bei uns geltende Vorsorgeprinzip vor gefährlichen Schadstoffen zur Verhandlungsmasse werden. Angeblich notwendige Harmonisierungen oder sogenannte gegenseitige Anerkennungen im Rahmen von TTIP darf es nicht geben«, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger in Berlin anlässlich der Veröffentlichung der Expertise »TTIP und die Chemikalienpolitik

in der EU. Mögliche Auswirkungen auf bestehende und künftige Regulierungen«. [...]

Aktuell seien in der Europäischen Union über 1.300 chemische Kosmetikzusätze sowie mehr als 80 Pestizidwirkstoffe verboten, die in den USA zugelassen sind. Darin spiegle sich die unterschiedliche Gesetzeslage. In den USA seien beispielsweise nur wenige Chemikalien verboten und die Industrieunternehmen nicht verpflichtet, die Sicherheit eines Stoffes nachzuweisen. In der EU hingegen gelte das Prinzip »Keine Daten, kein Markt« für die Hersteller von Chemikalien. Vorgeschrieben sei eine Nachweispflicht für

- deren Unbedenklichkeit als Voraussetzung zur
- Vermarktung. Verbote und Zulassungsbeschrän-
- kungen nach dem Vorsorgeprinzip seien auch
- 30 dann möglich, wenn der endgültige Beweis für die
- von einer Chemikalie ausgehenden Risiken noch
- nicht erbracht sei.
- »Die Bevölkerung der USA und der EU muss
- bestmöglich vor gesundheitsschädlichen Chemi-

- 35 kalien geschützt werden. Mit TTIP wollen Che-
- miekonzerne diesseits und jenseits des Atlantiks
- genau das Gegenteil erreichen. Wir brauchen kein
- sogenanntes Freihandelsabkommen, dass den Ver-
- braucherschutz schwächt«, so der BUND-Vorsit-
- 40 zende ■ Quelle: Pressemitteilung des Bund für Umwelt und Naturschutz
- Deutschland vom 23.06.2015

M8 TTIP-Grundpfeiler werden bereits genutzt, um Gesetze im öffentlichen Interesse und Demokratie zu torpedieren

- 1 Einem heute veröffentlichten Bericht zufolge wird
- die regulatorische Kooperation im Rahmen des
- geplanten Handelsabkommens zwischen der EU
- und den USA (TTIP) Unternehmenslobbyisten
- 5 darin bestärken, Gesetze im öffentlichen Interes-
- se anzugreifen und die Macht gewählter Politiker
- auszuhöhlen.
- Der Bericht »Gefährliches regulatorisches Du-
- ett: Wie die transatlantische regulatorische Ko-
- 10 operation im Rahmen von TTIP es Bürokraten
- und Großkonzernen ermöglicht, das öffentliche
- Interesse anzugreifen« von Corporate Europe Ob-
- servatory und Lobby Control stellt die Behaup-
- tung der Europäischen Kommission in Frage, das
- 15 derzeit verhandelte Transatlantische Handels- und
- Investitionspartnerschaftsabkommen (TTIP) wer-
- de keine niedrigeren Standards zur Folge haben.
- Der Bericht zeigt Beispiele auf, die beleuchten,
- wie die regulatorische Kooperation Unternehmen
- 20 bereits auf den politischen Fahrersitz gesetzt und
- demokratische Entscheidungsfindungen untergra-
- ben hat.
- Das Kapitel zur regulatorischen Kooperation in
- TTIP zielt auf eine Angleichung bestehender und
- 25 zukünftiger EU- und US-Standards, die die Mög-
- lichkeiten gewählter Repräsentanten einschränkt,
- Maßnahmen und Standards im öffentlichen Inter-
- esse einzuführen.

- Sei es, dass Umweltschutzvorgaben abgeschwächt
- 30 werden, Finanzkonglomerate* einfacher Über-
- prüfungen entkommen, das Datenschutzrecht
- umgangen wird oder Gesetze zu Tierversuchen
- bewusst verzögert werden: Die Fallstudien in dem
- Bericht zeigen, dass Lobbyisten großen Nutzen aus
- 35 der regulatorischen Kooperation gezogen haben,
- um dem öffentlichen Interesse dienende Gesetz-
- gebungsprozesse zu untergraben und eine trans-
- atlantische Unternehmensagenda voranzutreiben.
- Folgende Beispiele beleuchten, wie eine regu-
- 40 latorische Kooperation den Interessen der Groß-
- konzerne bereits Priorität gegenüber öffentlichem
- Interesse eingeräumt hat: Die EU hat ihre Be-
- strebungen beim Umgang mit gefährlichem elek-
- tronischen Müll verringert. Der Versicherungs-
- 45 riesen AIG konnte der Überprüfung im Vorfeld
- der Finanzkrise entkommen. US-Unternehmen
- entkommen ihrer Verantwortung unter dem
- Safe-Harbour Abkommen und umgehen Daten-
- schutzrichtlinien. Und die Gesetzgebung zu Tier-
- 50 versuchen, Ozon verbrauchenden Substanzen und
- Flugzeugabgasen wurde verzögert. [...] ■ Quelle: Pres-
- semitteilung von Corporate Europe Observatory vom 18.01.2016, Übersetzung:
- Attac

* Finanzkonglomerate sind Konzerne, die in unterschiedlichen Finanz-

sektoren, oft grenzüberschreitend, aktiv sind

M9 Eintrag zu TTIP in der Lobbypedia

Das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP, dt. Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) ist ein geplanter völkerrechtlicher Vertrag zwischen den USA und der EU. TTIP sieht eine umfassende Zusammenarbeit in vielen Wirtschaftsbereichen vor. Kritiker befürchten eine massive Absenkung der Sozial-, Verbraucher- und Umweltstandards sowie Gefahren für die Demokratie. [...]

Regulatorische Zusammenarbeit – Einführung von Konsultationsprozessen in der Gesetzgebung

Im November 2013 veröffentlichte die Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) ein geleaktes Positionspapier der EU-Kommission, in dem Strategien zur regulatorischen Kooperation zwischen den Vertragspartnern beschrieben sind. [...]

Vorgeschlagen ist die Einführung von einem beratenden Gremium, in dem Interessenvertreter frühzeitig am Gesetzgebungsprozess beteiligt werden und Eingebungen zu geplanten Regulierungen machen können. [...] So hätten Unternehmen in Zukunft die Möglichkeit Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess zu nehmen, lange bevor Parlamente entsprechende Dokumente überhaupt zu Gesicht bekämen. In besagtem Papier ist beschrieben, dass in dem Gremium verschiedene Arten von Interessenvertretern willkommen seien (die Rede ist von »Unternehmen, Konsumenten und Gewerkschaften«). Ulrich Müller von LobbyControl bemerkt hierzu jedoch: »Wer aber die Kräfteverhältnisse im Brüsseler Lobbydschungel kennt, der kennt die große Gefahr, dass hier Unternehmensinteressen und der Einfluss der USA dominieren werden.«

LobbyControl hat zusammen mit dem Corporate Europe Observatory (CEO) im Januar 2016 eine Studie veröffentlicht, in der die regulatorische Zusammenarbeit untersucht wird. Sie kommt zu dem Schluss, »dass Verfahren der regulatorischen Zusammenarbeit bereits in der Vergangenheit genutzt wurden, um Rechtsetzung im öffentlichen Interesse zu verzögern, zu verwässern und ganz zu verhindern.« [...]

Vorbereitung der Verhandlungen:

Beratungsgremium mit Unternehmenslobbyisten

Der Start der TIPP-Verhandlungen wurde in Kooperation mit Unternehmenslobbyisten vorbereitet. Die USA und die EU beauftragten ein Beratungsgremium, den Transatlantic Economic Council (TEC), damit eine Arbeitsgruppe zu organisieren. Die sogenannte »High-Level Working Group on Jobs and Growth« wurde zwar von dem damaligen US-Handelsbeauftragten Ron Kirk und dem damaligen EU-Handelskommissar Karel De Gucht geleitet, zu den Mitgliedern des TEC gehören aber hauptsächlich Unternehmenslobbys [...]. Eine Liste der Mitglieder wurde erst auf mehrfache Anfrage von Nichtregierungsorganisationen wie CEO und durch Gruppen aus den USA bekannt.

Lobbyeinfüsse auf die EU-Kommission

Im September 2013 publizierte die Nichtregierungsorganisation CEO einen Bericht, in dem es um mit Interessenvertretern geführte Treffen der EU-Kommission zur Vorbereitung der TTIP-Verhandlungen ging. Dieser beruht auf einer Liste, die die EU-Kommission auf eine Anfrage von CEO hin veröffentlicht hatte. Bei den insgesamt 130 aufgelisteten Treffen handelt es sich bei mindestens 119 Anlässen um Treffen mit Vertretern von Großunternehmen oder deren Interessenverbänden. Dies verdeutlicht die Asymmetrie zwischen zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verbänden. Letztere besitzen nicht nur mehr Kapital, sondern auch einen leichteren Zugang zu den Verhandlungsführern der EU. [...] Auch bei der US-Behörde Office of the United States Trade Representative (USTR) ist der Einfluss der Lobby erheblich. [...] ■ Quelle: CC BY-SA 3.0, https://lobbypedia.de/wiki/Transatlantic_Trade_and_Investment_Partnership (01.06.16)

Die Lobbypedia ist ein unabhängiges, lobbykritisches Online-Lexikon. Das Projekt von LobbyControl e. V. beleuchtet den Einfluss von Lobbyismus auf Politik und Medien.

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Formulieren Sie ausgehend von M9 den zentralen Konflikt, den die Autor_innen im Hinblick auf TTIP sehen. Entwickeln Sie eigene Fragen, welche sich aus dem Konflikt ergeben.
2. Führen Sie eine Konfliktanalyse nach dem unten dargestellten Vorgehen durch (siehe Methoden-kasten).

KONFLIKTANALYSE

Die Konfliktanalyse (nach Hermann Giesecke) ist grundsätzlich als Makromethode zu verstehen, die der Aufschlüsselung und Strukturierung eines Konfliktes dient und durch verschiedene Methoden (z. B. Pro-Contra-Debatte, Expertenanhörung u. a.) weiter ausgestaltet werden kann. In einer Konfliktanalyse wird eine (aktuelle) politische Auseinandersetzung untersucht, die auf dauerhafte, grundsätzliche gesellschaftliche Probleme und Widersprüche verweist. Es gilt zunächst zu klären, was der Kern des Konflikts ist, welche inhaltlichen Fragen strittig sind und öffentlich/politisch entschieden werden sollen. Zur Analyse der beteiligten Akteur_innen, Interessen, Formen der Auseinandersetzung und möglichen Entscheidungsfindungen werden konkrete Fragen an den Konflikt gestellt. Diese werden mit-

hilfe gemeinsamer Planungsschritte und methodischer Überlegungen kooperativ bearbeitet.

Vorgehen: Die Strukturierung und Analyse eines Konflikts orientiert sich an folgenden Schlüsselfragen und politischen Kategorien: Worin besteht der Konflikt (Konflikt)? Worum geht es im Einzelnen bei dieser Auseinandersetzung (Konkretheit)? Welche Ziele verfolgen die Akteur_innen in einer Situation oder mit einer Aktion (Interesse)? Welche Möglichkeiten der Einflussnahme stehen ihnen zur Verfügung (Macht)? Wie kann ich meinen Einfluss geltend machen (Mitbestimmung)? Welche Bündnispartner_innen stehen dafür zur Verfügung (Solidarität)?

Weitere mögliche Kategorien der Konfliktanalyse sind Recht, Funktionszusammenhang, Ideologie, Geschichtlichkeit oder Menschenwürde.



Demonstration gegen TTIP und CETA
Foto: Attac

ARBEITSVORSCHLAG

Bilden Sie Gruppen von vier bis acht Personen und stellen Sie den Konflikt um TTIP in Form einer Statue dar (siehe Methodenkasten).

- Bearbeiten Sie die Statuen so, dass diejenigen, die sich unwohl fühlen, in eine komfortablere Lage kommen.

- Präsentieren Sie Ihre Statuen (und ihre Veränderungen) in der Gesamtgruppe und diskutieren Sie folgende Fragen: Auf welche realen Lösungsmöglichkeiten verweisen die Veränderungen? Wie realistisch sind sie?

STATUEN-THEATER (METHODENBESCHREIBUNG FÜR TEILNEHMENDE)

Ihre Kleingruppe hat die Aufgabe, gemeinsam eine Statue zum vorgegebenen Thema zu entwickeln, die anschließend in einer »Ausstellung« in der Gesamtgruppe gezeigt wird. Verständigen Sie sich kurz über das vorgegebene Thema und mögliche Ideen dazu (etwa 5 Minuten).

Der Bau der Statuen verläuft weitgehend stumm und ist in zwei Varianten möglich: Einigen Sie sich auf eine_n Bildhauer_in, welche_r die Gruppenmitglieder im Raum anordnet, oder verständigen Sie sich in Ihrer Gruppe mit Blicken und Gesten auf eine gemeinsame Anordnung. Wichtig sind die Stellung der Körper zueinander, die Körperhaltung und der Gesichtsausdruck. Außerdem können Sie Requisiten (z.B. Stühle oder Trinkflaschen) nutzen.

Variante – Umbau der Statuen: Eine Statue, die ein ungelöstes Problem darstellt, kann umgebaut werden. Alle Darsteller_innen (Teile der Statue) suchen einen Satz, der ihre Situation, ihr

Empfinden oder einen Wunsch ausdrückt, und sprechen ihn laut aus (z.B. »Mein Arm schläft ein« oder »Ich werde hier erdrückt«). Anschließend können alle nacheinander »in Zeitlupe« ihre Position verändern oder ein_e Bildhauer_in nimmt den Umbau vor. Hierbei beginnen stets diejenigen, die sich besonders unwohl fühlen, und die anderen reagieren darauf. Abschließend formulieren alle noch einen Satz, der ihre neue Situation ausdrückt.

Variante – Aktionsbild: Entwickeln Sie eine Statue, die Sie im Rahmen einer Protestaktion an einem öffentlichen Ort aufführen könnten. Sie können auch eine »bewegliche Maschine« bauen, das heißt zwei Statuen, die abwechselnd ineinander übergehen.

Bedenken Sie dabei die folgenden Aspekte:

- Was ist die zentrale Aussage der Aktion?
- Welche Statue passt zu dieser Aussage?
- Wer ist die Zielgruppe?
- Was ist ein geeigneter Ort für die Aktion?
- Werden Requisiten für die Statue gebraucht?